

Nicht manipuliert und indoktriniert

Fall Dege

Interview mit Jürgen Dege aus HLZ 1/1981 (Auszüge)

Fotos: privat



Jürgen Dege: 1981...

Das 67seitige Untersuchungsschreiben zu deinem Fall kommt zu dem Schluss, dass deine Entlassung nicht betrieben werden kann, denn die Vorwürfe werden in den wesentlichen Punkten nicht aufrechterhalten. Deine Kündigung wirst du trotzdem erhalten. Wie kannst du diesen Widerspruch erklären?

Der Bericht selbst nimmt nicht Stellung. Der Untersuchungsführer nimmt in allen Punkten eindeutig lediglich die Ergebnisse auf und macht das sehr parteiisch. ... Er beschreibt einen Beamten, der es an dem notwendigen Gehorsam mangeln lässt ...

Dein Berufsverbot wurde vor 2 Jahren (1979; die Red.) parallel zu dem Liberalisierungsversuch Kloses eingeleitet. Wie schätzt du das ein?

Gerade während der Diskussion, die Willy Brandt, Hans Koschnik und nicht zuletzt Bürgermeister Klose um die Liberalisierung der Praxis der Berufsverbote eingeleitet haben, ist die Untersuchung gegen mich vom Senat beschlossen worden.

Zwei Monate später wurde ich mit der Begründung „Störung des Betriebsfriedens“ von der Schule suspendiert. Bezeichnend ist, dass der Senat in ein und derselben Presseerklärung davon redete, dass einerseits die Disziplinarverfahren gegen die Kollegen Kohl und Dreckmann als Ausdruck der Liberalisierungspolitik eingestellt wurden und andererseits, dass ich vom Dienst suspendiert wurde.

Das gleiche wiederholt sich heute entsprechend dieser Politik des „Teile und herrsche“: Dass nämlich acht Kollegen - was wir ja alle begrüßen - in das Beamtenverhältnis übernommen worden sind, aber die Verfahren gegen Hans-Peter de Lorent, Gerd Heide und mich weiterbetrieben

Schulsenator und Bürgermeister machen nicht tatsächlich Politik gegen die Berufsverbote, sondern sie betreiben sie weiterhin.

werden - ganz abgesehen von den vielen anderen Verfahren, die immer noch laufen. ... Der Schulsenator (Grolle) und der Bürgermeister (Klose; die Red.) machen also nicht tatsächlich Politik gegen die Berufsverbote, sondern sie betreiben sie weiterhin.

Weshalb werden denn auf dem Gebiet der Dienstvergehen so viele Gründe gesucht? Dort werden Vorgänge genannt, die jedem Lehrer täglich passieren. Warum beschränkt sich die Behörde

nicht wie in anderen Fällen auf den politischen Aspekt?

Für die Behörde war es von Anfang an schwierig, globale Vorwürfe zu machen wie „Zugehörigkeit zu einer verfassungsfeindlichen Partei“. ... Stattdessen geht es - wie Klose auch immer gesagt hat - um „konkrete Handlungen“. Und das eben zielt meines Ermessens auf die Disziplinierung - mehr oder weniger scharf - aller Lehrer.

Was sie also schon über lange Zeit versucht haben, ist, ganz „normale Dienstvergehen“ zu finden, was ihnen aber offensichtlich schiefgegangen ist. Deshalb hat der Senat bei mir auch zunächst zwei sogenannte Vergehen mit aufgenommen, die der Bericht dann fallen lässt:

- Verletzung der Aufsichtspflicht auf einer Klassenreise, d. h. die Schüler meiner H7 haben die Decke im Tagesraum, die aus Styropor war, kaputtgemacht.
- Bruch des Konferenzheimnisses, weil ich einen Schüler, der laut Konferenzbeschluss von der Schule strafversetzt werden sollte, darüber informiert haben soll, was nach Aussage des Schulleiters erst am letzten Tag vor den Ferien passieren sollte. ... Die Untersuchungen zu diesem Punkt haben ergeben, dass daraus kein Dienstvergehen konstruiert werden kann.

Dir sind auch Vorwürfe gemacht worden, die erst, nachdem dein Berufsverbot eingeleitet wurde, überhaupt vorgefallen sind, so der von dir verfasste offene Brief.



Dieses Verfahren der Behörde hat ja schon Geschichte, zum Beispiel ist im Berufsverbot Sabine Dege vor dem Bundesarbeitsgericht lediglich der Vorwurf anhängig, dass sie ihre Schüler und Eltern über ihr Entlassungsverfahren informiert hat. Alle anderen Vorwürfe, die zunächst von der Behörde aufgestellt wurden, sind durch die Gerichte in den verschiedenen Instanzen zurückgewiesen worden.

Als ich die Eltern und Schüler meiner Klasse über das Untersuchungsverfahren gegen mich informiert habe, sind diese sehr aktiv geworden, haben Versammlungen abgehalten, Flugblätter verteilt, offene Briefe geschrieben und sich gegen dieses Untersuchungsverfahren gewandt. Die Schüler wollten in ihrer Schülerzeitung über den Fall berichten. ... ⇨



...2022

Was noch gesagt werden muss ...

Zur Politik der Berufsverbote von Bürgermeister Klose – Anmerkungen zu „50 Jahre Berufsverbote“ (hlz 1-2/2022)

Die Geschichte ging nicht so zu Ende: Bürgermeister Klose hat nicht gegen die Berufsverbote agiert – er hat sie, vielleicht gegen seinen Willen, fortgesetzt und die Bewegung gegen die Berufsverbote spalten wollen. Klose hat sich – in der Tat – gegen die im Wesentlichen von der CDU befürwortete Politik gewandt, die hier nicht noch einmal ausgeführt werden muss.

Stark war das Ansinnen der rechten Kräfte in der Republik für eine so genannte Säuberung des öffentlichen Dienstes. Dagegen musste er sich wirkungsvoll zur Wehr setzen und hat das auch getan. Aber er hat die Bewegung tatsächlich spalten wollen in diejenigen, die der DKP nahe standen und die, die die konkrete Schulpolitik inhaltlich konsequenter zu kritisieren versuchten: Es waren die, denen „konkrete Handlungen“ an den Schulen nachgewiesen werden konnten. Und die nicht nur durch Mitgliedschaft in einer unliebsamen Partei auffällig geworden waren. Er hat die „Nur“-Mitgliedschaft (in der DKP) zu integrieren versucht und wollte sie in den Öffentlichen Dienst endlich aufnehmen. Und zwar als Taktik gegen diejenigen Kräfte, die inhaltlich Position im Kampf um eine bessere Schule vertreten haben.

Konkret gab es einen Tag im Jahr 1979 (den 30.1.) mit zwei Presseerklärungen des Hamburger Senats: Es wurde die Einstellung der Verfahren gegen zwei Mitglieder der DKP verkündet - und zugleich die Suspendierung eines anderen Beschäftigten der Öffentlichkeit präsentiert. (Das war ich!)

Heute noch ist die Diskussion von diesem Widerspruch geprägt. Die von der DKP geprägte Einschätzung wird heute von den Betroffenen nur noch selten geteilt. Sie ist unvollständig, was aber

die Einschätzung von Klose (und dem damaligen Schulsenator Grolle) als „Kämpfer“ gegen die Berufsverbote geradezu verdeutlicht.

Damit haben diese sich tatsächlich gegen die rechten Strömungen verdient gemacht; aber tatsächlich zulasten der inhaltlichen Ausrichtung gegen die Berufsverbote – die immer schon eine wichtige Rolle spielte. Denn die Auseinandersetzung um die politischen Rechte prägte den Streit um die Situation der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst insgesamt.

Das macht Joachim Kroll deutlich, der in seiner persönlichen Darstellung schreibt: „Wirklich gelitten habe ich erst, als 1979 mit Klose die Berufsverbote erledigt waren ... denn ich wurde ja trotzdem nicht eingestellt.“ (HLZ, 1-2/2022, S. 53) Er macht es deutlich, indem er in Klammern dazufügt: „jedenfalls die aufgrund bloßer Mitgliedschaft“. Vorsichtig deutet er die Spaltungslinie von Klose und Grolle an.

Die guten Ansätze in den jetzigen Äußerungen verschiedener Autoren über die Berufsverbote-Politik (auch in den Artikeln in der letzten HLZ), die nicht mehr zwischen den Berufsverboten gegen Mitglieder der DKP einerseits und den anderen Nicht-Mitgliedern oder Mitgliedern von linken Gruppierungen unterscheiden, werden hier deutlich.

Das ist auch angemessen – nach so langer Zeit, auch des Nachdenkens und der Auseinandersetzung über die damalige Politik.

Aber in der Aufarbeitung der damaligen Politik ist es noch nicht pointiert genug ... Das musste auch mal gesagt werden!

JÜRGEN DEGE, im Februar 2022

Der Artikel, der nur kurz darüber informierte, dass es das Verfahren gibt und ein weiterer Artikel mit der Überschrift „Was uns an den Lehrern stört“ wurden von dem Schulleiter verboten. Die Schüler veröffentlichten die Zeitung ohne die beiden Artikel, was vom Schulleiter auch genehmigt wurde. Mir wird also auch vorgeworfen, dass ich nicht mein ganzes pädagogisches Geschick darauf verwandt hätte, die Schüler von ihrem Vorhaben abzubringen, weil der Schulleiter sich selbst dazu nicht in der Lage sah.

Was hat das Berufsverbotverfahren für dich bedeutet?

Die politische und gewerkschaftliche Front gegen die Berufsverbote hat in den letzten Jahren an Qualität gewonnen, insbesondere in der Hinsicht, dass eine größere Einheitlichkeit im Kampf gegen die Berufsverbote erreicht worden ist. Der Fortschritt liegt zum Beispiel darin, dass meine Entlassung trotz der vielen Dienstvergehen, die mir zum Vorwurf gemacht werden, zu vielen Protesten geführt hat. Daran wird deutlich, welchen Zweck die Berufsverbote

im Kern haben: Nicht etwa, dass einzelne Lehrer oder Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes getroffen werden sollen, sondern die Einschüchterung und Disziplinierung aller ist meines Erachtens das Ziel dieser Politik.

Wegen dieser insgesamt positiven Entwicklung und weil es mir möglich war, in diesen zwei Jahren ohne die Tätigkeit an der Schule auch weiterhin gewerkschaftlich und politisch tätig zu sein, habe ich die Sache ganz gut durchgestanden und werde sie auch weiter durchstehen.

Das Gespräch führte
BRIGITTE HOLSTEIN

PRIVATSCHULEN

„Kalte“ Berufsverbote



An Privatschulen gab es offiziell keine Berufsverbote. Die Betroffenen wurden gekündigt oder – teilweise fristlos – entlassen, oft im Zusammenhang mit ihrer GEW-Mitgliedschaft

Gewerkschaftlich ging es damals darum, die miserablen Arbeitsbedingungen an Privatschulen zu verbessern und die Zulassung eines Personalrats zu erreichen. Wegen der Vernetzung unter den Privatschulen hatte die Entlassung aus einer Schule in der Regel die Berufsaufgabe zur Folge. Beispielhaft für diese „kalten Berufsverbote“ dokumentieren wir die Fälle zweier Kollegen – die HLZ berichtete 1983. (Die Redaktion)

„Sie sind entbehrlich“

Vier Lehrer haben die Privatschulen in der Jenischstraße



Felix Hanebutt 1983 ...

1983 binnen Jahresfrist entlassen – alle Mitglieder der GEW. Felix Hanebutt sei »untragbar«, Lars Bayer solle aus »wirtschaftlichen Gründen« gehen.

Insbesondere gewerkschaftlich engagierte Lehrer haben an Privatschulen in der Regel einen schweren Stand. Viele schweigen, geben sich als GEW-Mitglieder nicht zu erkennen, aus Angst vor einer Entlassung. Rigide verfährt man mit denen, die »den aufrechten Gang wagen«.

Felix Hanebutt ist Lehrer und Mitglied der GEW. Seit August 1979 arbeitet er an Hamburger Privatschulen in der Jenischstraße

48. Zuletzt am staatlich genehmigten, aber nicht anerkannten »Hermanneum«. Trägerin der Tagesschule ist eine »Freie Hanseatische Schulgesellschaft« (FHS). Die GmbH weist sich als gemeinnützig aus. Als einer ihrer beiden Geschäftsführer fungiert Dr. Dietmar Schulte, Großmeister der Freimaurerloge und die Zentralfigur der Hamburger Privatschul-Szene.

Dr. Schulte hat in der Vergangenheit stets versucht, »seine« Schule gewerkschaftsfrei zu halten. So gibt es dort keinen Betriebsrat, sondern lediglich einen sog. »Beirat«. Dieser ist offiziell als »Interessenvertretung der Arbeitnehmer« ausgewiesen, de facto allerdings wohl nicht viel mehr als der verlängerte Arm von Schulleitung und Geschäftsführung.

Die Lehrer am »Hermanneum« werden aufgrund einzeln